

„Für verbindliche politische Regeln im internationalen Sport – Menschenrechte achten, Umwelt schützen, Korruption bekämpfen“

Anhörung am 27. April 2016

Stellungnahme Imke Duplitzer

Das Verankern von Menschenrechten, Umweltthematik etc. in die Planung, Organisation und in die Durchführung von Sportgroßereignissen ist eine sehr komplexe Fragestellung, die als erstes eine Auseinandersetzung mit den Mechanismen des organisierten Sports und seiner Strukturen erfordert.

Als erstes gilt es sich mit der ideellen Seite von Sportgroßveranstaltungen zu befassen.

Exemplarisch für Organisationen dieser Art steht in diesem Kontext das IOC.

Das IOC gilt als Hüter einer Idee, die sich dadurch auszeichnet, dass sie sich selber als universell, werteorientiert und weltoffen präsentiert. Die Jugend der Welt, die sich im Zeichen olympischer Ideale zusammenfindet und als Teil einer idealisierten Vorstellung im Zwei-Jahres-Rhythmus an einem Großereignis teilnimmt.

Diese Werte, auf die sich das IOC so gerne beruft, führt das IOC durch die mediale Inszenierung und Selbstinszenierung jedoch ad absurdum. Dem Hüter der Idee geht es nicht um die in der griechischen Mythologie angelegten Werte. Einzig und Alleine Mechanismen wie der Sieg des Stärkeren sind relevant. Die damit verbundene Monetisierung der Leistung, die mediale Inszenierung und die damit verbundenen Werbezeiten und Werbeeinnahmen stehen im Vordergrund. Für rein Ideelle Werte wie Menschenrechte, Umweltschutz etc. bleibt in dieser Welt kein Platz.

Was uns zu dem zweiten Punkt führt, der in diese Überlegungen miteinbezogen werden sollte:

Der wirtschaftliche Aspekt.

Das IOC ist offiziell eine in der Schweiz ansässige Rechtsform, die als Verein gilt. Diesem Umstand verdankt das IOC - und auch andere Weltverbände - eine sehr moderate Steuerpolitik bei legaler Maximierung des eigenen Aktionsradius.

„Unter seinem Präsidenten Antonio Samaranch (Sportminister unter Francisco, Franco Anm. d. V.) wurde das IOC mit Sitz in Lausanne zu einer schlagkräftigen – steuerbefreiten – Veranstaltungsfirma ausgebaut“ (Gebauer, Die olympische Idee und das Drama des Nationalsozialismus).

Das IOC ist Besitzer aller Vermarktungs-, Veranstaltungs- und Symbolrechte Es geht mit drakonischen Strafen gegen jeden vor, auch gegen teilnehmende Athleten, die in den Augen des IOCs gegen diese „Nutzungs“-Regeln, die von ihnen aufgestellt werden, vor. Dies geht bis zur Androhung vom Ausschluss vom Wettkampf für das Posten von eigenen Bildern aus z.B. dem olympischen Dorf. Hier macht das IOC geltend, dass Sportler, Trainer und Funktionäre mit den olympischen Insignien während der Zeit der Spiele nicht werben dürfen. Dies ist alleinig dem IOC vorbehalten.

Ein dritter Punkt ist der politische Machtanspruch oder in unbequemen Situationen Nichtmachtanspruch des IOC.

Als Präsident einer Vereinigung wie dem IOC, das einen Großteil seiner Legitimation durch das Verweisen auf die höheren Ziele und Ideale des Sports zieht, sollte man in sensiblen Fragen auch eine klare Linie vertreten und sich nicht auf die Vielfältigkeit der eigenen Lebenssachverhalte beziehen. Die ermöglicht es den Organisationen und deren Mitgliedern, vom Präsidenten angefangen, sich gerade den Hut aufzusetzen, der in der jeweiligen Situation opportun ist, um im eigenen Interesse ein optimales Ergebnis zu erzielen. Lösungen zur besseren Implementierung von Menschenrechtsfragen, Umweltschutz etc. bei Sportveranstaltungen können nur gefunden werden, wenn sich relevante politische und wirtschaftliche Akteure, von der olympischen Idee in ihrer momentan gelebten Form durch die Organisation, distanzieren. Gleiches gilt hier auch für z.B. die FIFA, die durch die

offizielle Anklage aus den USA in eine schwere Legitimationskrise geraten ist.

Organisationen, die über eine derartige Definitionsfreiheit ihrer Zuständigkeiten und (gesellschaftlichen) Verpflichtungen verfügen, werden sich freiwillig nie darauf beschränken lassen im Sinne eines ideellen Wertes zu handeln.

An dieser Stelle werden immer persönliche Lebenssachverhalte und damit verbundene wirtschaftliche Faktoren eine übergeordnete Rolle spielen.

Zunächst muss geklärt werden in wie weit sich Organisationen wie das IOC noch der Gemeinnützigkeit verbunden fühlen, oder aber es sich bereits um ein wirtschaftlich ausgerichtetes Unternehmen handelt, das finanziellen Gewinn über seine propagierten Ideale stellt.

Die Herstellung von Transparenz auf allen Ebenen darf in diesem Zusammenhang nicht der Organisation selber überlassen werden. Externe Kontrollinstanzen müssen von der Organisation zugelassen werden und von externen und unabhängigen Experten gebildet werden.

Sponsoren solcher Organisationen müssen mit Fragen konfrontiert werden in wie weit sie sich von gelebter Praxis der Intransparenz oder gar des Betrugs distanzieren. Sponsoren möchten mit ihrem Sponsorship die positive Darstellung der von ihnen unterstützen Organisation profitieren. Auf unangenehme Nachfrage von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren reagieren Sponsoren in der Regel sehr sensibel wie der Fall der FIFA bereits gezeigt hat.

Ferner sollte die Grenze zwischen Sport der sich einer Entwicklungs-, Förderungs- und Integrationsaufgabe und Sport, der als wirtschaftlicher Faktor einen Standortwettbewerb ausschreibt, klar getrennt werden.

Gewinnorientierte Großveranstaltungen von finanzstarken Weltverbänden dürfen in der Wahrnehmung der Politik und Gesellschaft nicht mehr als vom Staat unterstützungswürdige Großprojekte verkauft werden. Dies festigt diese Organisationen in der Wahrnehmung sich über geltendes Recht stellen zu können.